

<http://www.tagesspiegel.de/meinung/gorleben-ist-keine-loesung/1838250.html>

# DER TAGESSPIEGEL



 14.05.2010 02:00 Uhr | Von **Rebecca Harms**

GASTKOMMENTAR

## Gorleben ist keine Lösung

**Die Suche nach einem geeigneten Atomendlager muss weitergehen, denn Atommüll ist gefährlich für Hunderttausende von Jahren.**



Foto: dpa - FOTO: PICTURE-ALLIANCE/ ZB

Die Aufgabe, diesen Müll sicher zu lagern, ist weltweit ungelöst. Den bestmöglichen Standort dafür zu fordern ist keine Antiatompropaganda. Ein unsicheres Endlager wäre eine Gefahr für Umwelt und Bevölkerung. Ein transparentes und vergleichendes Suchverfahren sollte allgemeines Interesse sein. Die Geschichte der Endlagersuche in Deutschland ist jedoch nicht von verantwortungsbewusstem Handeln geprägt. Die Festlegung der Bundesregierung auf den Standort

Gorleben ist nicht nachvollziehbar und gefährlich.

Wissenschaftler, Beamte und Politiker, die in den 60er Jahren die Asse zum Endlager und zum Labor für Atommüllexperimente gemacht haben, sind maßgeblich für die Entscheidung verantwortlich, dass in Deutschland Salz für die Endlagerung gewählt wurde. Als Gorleben 1977 ins Spiel kam, waren die Risiken in der Asse bekannt. Obwohl bis zum Jahr 2000 genehmigt, wurde Ende 1978 die Einlagerung in die Asse gestoppt. Die Durchsetzung Gorlebens sollte nicht belastet werden durch Berichte über hunderttausend Atommüllfässer in einem Salzbergwerk, das vom Absaufen bedroht war und als Prototyp für Gorleben galt.

Gorleben wurde gewählt, weil ausgedehnte Waldbrandflächen Raum für das Nukleare Entsorgungszentrum (NEZ) boten; die geologischen Qualitäten des Salzstocks waren nachrangig. Recherchen schüren heute den Verdacht, der damalige Ministerpräsident Albrecht habe gehofft, Gorlebens Lage an der DDR-Grenze würde zur Ablehnung durch die Bundesregierung führen. Wenn das so war, hat er sich verspekuliert.

1979 kippte Albrecht wegen starker Proteste die Pläne zum Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage, dem gefährlichen Herzstück des NEZ. So bekam das Endlager im Salzstock zentrale Bedeutung. Trotz negativer Befunde über die

Beschaffenheit des Deckgebirges über dem Salzstock, trotz der Erkenntnisse über direkten Kontakt von Salz und Grundwasser, wurden Forderungen nach vergleichender Untersuchung anderer Standorte von der Politik in den Wind geschlagen. Schlimmer noch: Die Politik hat diese Forderung der Forschung nicht nur ignoriert, sondern umschreiben lassen.

In das 1000 Meter tiefe Endlagerbergwerk wurden in den vergangenen 30 Jahren Milliarden Euro investiert. Oberirdisch sind zwei Zwischenlager für Atommüll und die zentrale Müllbehandlungsanlage gebaut worden. Nirgendwo sonst in Deutschland lagert so viel hochradioaktiver Müll wie in der Castorhalle in Gorleben. Eine vierte Anlage zur Müllverpackung ist in diesem März beantragt worden. Gleichzeitig stellte Umweltminister Röttgen den Antrag auf Fortsetzung der Erkundung, was dem Weiterbau des Endlagers entspricht. Gorleben lieferte auch den Entsorgungsvorsorgenachweis, Bedingung für den Betrieb deutscher Atomkraftwerke und der von der Regierung geplanten Laufzeitenverlängerung. Röttgen beschwört trotz alledem die Ergebnisoffenheit. Und während wir rätseln, wie die versprochene Rückholung der Fässer aus der Asse funktionieren soll, wird für Gorleben die behälterlose und damit nicht rückholbare Einlagerung von hochaktivem Müll geplant.

Die Alternative zu dieser Geschichte von Willkür, Irrtum und Manipulation liegt auf dem Tisch: 2002 hat der Arbeitskreis Endlager in seinem Bericht dargelegt, wie eine systematisch vergleichende Suche nach einem geeigneten Endlager organisiert werden muss. Wer sagt denn, dass die Empfehlungen in der Schublade bleiben müssen? Diejenigen, die Atommüllproteste mehr fürchten als Atommüll in einem unsicheren Endlager.

Der Untersuchungsausschuss Gorleben wird die Lügen aufdecken. Er wird damit die Voraussetzungen für einen Neuanfang schaffen. Ich weiß nicht, ob wir endlich auf eine Koalition der Vernunft in Sachen Atommüll hoffen können. Wenn Verantwortung herrschte, wäre das Menetekel Asse Grund genug für einen Neubeginn der Endlagersuche.

*Die Autorin ist Fraktionsvorsitzenden der Grünen/EFA im Europäischen Parlament.*